

JUGOSLAWIEN

Doppelter Machtkampf



Vereinigte Opposition im September 2000: Präsidentschaftskandidat Vojislav Kostunica und der Führer der Demokratischen Opposition von Serbien (DOS), Zoran Djindjic. (Foto: epa)

Mit der Verhaftung Slobodan Milosevics droht die Opposition Jugoslawiens zu zerbrechen. Die Akteure der "internationalen Gemeinschaft" rangeln mit – auf unterschiedlichen Seiten.

Boris Kanzleiter ist freier Journalist und lebt in Berlin. Vor zwei Wochen hielt er sich in Belgrad auf und berichtete für die WOXX über die Lage in Mazedonien.

Die spektakuläre Festnahme Slobodan Milosevics bringt es deutlich an den Tag: Durch das Oppositionsbündnis in Jugoslawien gehen tiefe Risse. Die Differenzen zwischen den beiden zentralen Protagonisten des Umsturzes vom vergangenen Oktober lassen sich kaum mehr verbergen. Auf der einen Seite steht der national-konservative Vojislav Kostunica, der Milosevic bei den jugoslawischen Präsidentschaftswahlen vergangenen September schlagen konnte. Für ihn bedeutet die Festnahme seines Vorgängers eine Demütigung. Stets hatte sich Kostunica gegen das Den Haager Tribunal gestellt, und im Wahlkampf hatte er das Gericht als "amerikanische Institution" abgelehnt. Mit ernster Miene verkündet der Rechtsprofessor nun, niemand könne über dem Gesetz stehen.

Solche Aussagen können jedoch nicht über die Niederlage hinwegtäuschen, die ihm die Festnahme Milosevics durch die serbische Polizei eingebracht hat. Vorläufig durchgesetzt hat sich sein Kontrahent, Zoran Djindjic, der den Befehl zur Festnahme Milosevics gab. Der neoliberale Ex-68er wurde Ende Dezember zum neuen Ministerpräsidenten des serbischen Teilstaates der jugoslawischen Föderation gewählt. Djindjic ist weniger in nationaler Symbolik verhaftet und steht für einen bedingungslosen pro-westlichen Kurs. Im Gegen-

satz zu Kostunica versucht er sich als pragmatischer Reformler ganz nach dem Geschmack der "westlichen Gemeinschaft" zu präsentieren.

Djindjic: "NATO-Lakai" und Mann des Westens

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Staatsoberhäuptern wird in Jugoslawien seit Wochen mit immer aggressiverem Tonfall geführt. Dabei spiegeln sich in den Positionen der Kontrahenten nicht nur die innerjugoslawischen Kräfteverhältnisse und Widersprüche wider. Dahinter steht das Gerangel zwischen den USA, den Ländern der Europäischen Union und Russland um Hegemonie und strategische Positionen auf dem Balkan.

Vojislav Kostunica war 1974 unter Tito wegen "Antikommunismus" und "Nationalismus" von der Belgrader Universität relegiert worden. Als "NATO-Lakai", wie Zoran Djindjic im Wahlkampf vor dem Wechsel stets betitelt wurde, konnte ihn Milosevics Propagandamaschine nicht bezeichnen. Schließlich hatte Kostunica niemals Zweifel daran gelassen, einen serbischen Einheitsstaat anzustreben, der neben der serbischen Republik auch die serbischen Teile Bosniens und Kroatiens und vor allem das Kosovo beinhalten soll. Obwohl die westlichen Medien Kostunicas Wahlsieg im September ausgiebig feierten, hat

sich seitdem die Beziehung zwischen dem jugoslawischen Präsidenten und den USA zunehmend verschlechtert. Neben der Kooperation mit dem Den Haager Tribunal fordern die USA auch die Freilassung von mehreren hundert Albanern, die während des Kosovo-Kriegs von serbisch-jugoslawischen Truppen als "Terroristen" inhaftiert wurden und bis heute in verschiedenen Gefängnissen einsitzen. Außerdem drängt Washington darauf, Jugoslawien solle die Militärhilfe für die serbische Armee in Bosnien einstellen. In Jugoslawien selbst dagegen ist Kostunica weiterhin äußerst populär. Mittlerweile wird der Präsident sogar von der Milosevic Partei SPS gelobt. "Wir unterstützen Präsident Kostunicas strategische Richtung", meinte der SPS-Kader Nikola Sainovic kürzlich. Die orthodoxe Kirche lobt Kostunicas Entscheidung, den Popen wieder mehr Mitsprache in der Kultur- und Bildungspolitik einzuräumen. Ungebrochen ist auch der Rückhalt in der Armee: Führende Generäle wie etwa Generalstabschef Nebojsa Pavkovic, der schon unter Milosevic in diesem Rang diente und beim Umsturz im Oktober eine Schlüsselrolle spielte, gelten ohnehin als Kostunica-Anhänger.

Während der jugoslawische Präsident jetzt vor allem von den USA aber auch von Großbritannien und Deutschland angegriffen wird, kommt

ihm Russland zu Hilfe. Der russische Außenminister Igor Ivanow sprach Kostunica vor wenigen Tagen bei einem Besuch in Belgrad seine Unterstützung aus. Hinter dem Tausziehen scheint die nach wie vor ungelöste Frage nach den Grenzziehungen in Jugoslawien zu stehen.

Kostunica: Russischer Favorit und populär im eigenen Land

Russland mahnt, die staatliche Souveränität Jugoslawiens nicht zu gefährden und möchte eine Unabhängigkeit von Kosovo und Montenegro, die nach wie vor Bestandteile der Jugoslawischen Republik sind, ausschließen. Aus eigenen Interessen: Schließlich führt die Regierung Krieg in Tschetschenien. Ganz anders sehen die Signale aus Washington, London und Berlin aus. Hier betonen die Außenpolitiker zwar auch, dass bestehende Grenzen nicht verändert werden sollten. Tatsächlich aber zeigen sie sich den albanischen und montenegrinischen Sezessionisten gegenüber äußerst hilfsbereit. Ganz offen folgert beispielsweise der ehemalige NATO-Oberkommandierende in Europa, General Wesley Clark, aus der Mazedonien-Krise in der Washington Post vom 20. März: "Die Stabilisierung des Kosovo heißt, dass wir unsere eigenen Versprechen einhalten müssen und Wahlen für eine legislative Körperschaft mit wirklichen Machtbefugnissen abhalten müssen." Also die Unabhängigkeit.

Vojislav Kostunica kann mit seinem patriotisch-serbischen Hintergrund die vom Westen erwünschte Rolle nicht spielen. Also setzen die USA, Großbritannien und Deutschland momentan gemeinsam auf Zoran Djindjic.

Nur mit ihm ist eine weitere Zersplitterung Jugoslawiens zu machen. Anscheinend versprechen sich die NATO-Politiker davon eine mittelfristige Stabilisierung der Situation, scheinbar ohne zu bemerken, dass diese Strategie seit zehn Jahren nur weitere Konflikte produziert. Die territoriale Zersplitterung könnte auch im Interesse der angestrebten geostrategischen Kontrolle über den Balkan mit Stoßrichtung gegen Russland liegen.

Noch ist Kostunica aber jugoslawischer Präsident, und kampflös scheint er das Terrain auch nicht räumen zu wollen. Sollte das Oppositionsbündnis platzen und käme es in Montenegro im Juni tatsächlich zum angekündigten Unabhängigkeitsreferendum, wäre die Ausschreibung von Neuwahlen sowohl in Serbien als auch auf jugoslawischer Ebene unausweichlich. Das machte Kostunica bei einem Treffen seiner Partei DSS bereits vergangene Woche klar. Kostunica ist nach Meinungsumfragen noch immer populärer als Djindjic.

Immerhin hat dessen wirtschaftliches Reformprogramm seit Januar zu erheblichen Preissteigerungen und wachsendem Unmut geführt. Auf wen sich der Ministerpräsident international nun wirklich verlassen kann, wird sich erst dann zeigen, wenn er sich tatsächlich gegen Kostunica durchgesetzt hat. "Es wird immer deutlicher, dass das Schicksal vieler politischer und wirtschaftlicher Reformen, über die in Serbien viel geredet wird, erst entschieden wird, wenn der Belgrader Machtkampf ausgetragen ist", schrieb der serbische Journalist Zeljko Cvijanovic vergangene Woche.

Boris Kanzleiter

Neue Öffnungszeiten:

Dienstag-Freitag	9-12 14-18
Mittwoch	9 durchg. 18
Samstag	9-12 14-17
Montag	geschlossen

e-mail info@biotop.lu
<http://www.biotop.lu>